

Wie könnte eine Reform der Pressehilfe aussehen?

Die Positionen der Parteien

„Le régime actuel de l'aide à la presse écrite, garant de médias pluralistes réalisés par des éditeurs professionnels, sera optimisé en concertation étroite avec les éditeurs luxembourgeois. Son évolution à long terme dans le contexte de l'internet et de l'ère numérique sera étudiée.“

In diesen (etwas schwammigen) Worten kündigen die Koalitionspartner auf Seite 64 des Regierungsprogramms eine Reform der Pressehilfe an. *forum* hat bei den im Parlament vertretenen Parteien nachgehakt und sie zu einer Stellungnahme bezüglich dieses Absatzes aufgefordert. Zwei Fragen standen dabei im Vordergrund: Ist die derzeitige Pressehilfe noch zeitgemäß und wie könnten Online-Angebote zukünftig gefördert werden?

Fast alle Parteien sind sich einig, dass die Pressehilfe ein geeignetes Mittel sei, um journalistisch unabhängiges Schaffen und Medienpluralismus zu gewährleisten. Déi Gréng betonen, diese Elemente seien von „konstitutiver Bedeutung“ für einen demokratischen Staat. Das habe vor allem der „investigative Hintergrundjournalismus [...] in den letzten Monaten mehr als deutlich bewiesen“, schreibt die DP. Die LSAP verweist ihrerseits auf die finanzielle Abhängigkeit der Printmedien von der Pressehilfe. Denn die hiesigen Tageszeitungen würden sich zu einem Drittel über die Pressehilfe finanzieren (jeweils ein weiteres Drittel stamme aus den Werbeeinnahmen und dem Zeitungsverkauf). Déi Lénk betonen, dass die Pressehilfe vor allem eine Unabhängigkeit gegenüber großen Unternehmen sichert, und die gesetzlich festgelegten Kriterien Einflussnahmen der Regierung verhindern. Aus Sicht der CSV ermöglicht die finanzielle Hilfe „eine ausgewogene Berichterstattung sowie gerechte Arbeitsbedingungen im Journalismus“. Nur die ADR sieht die Ziele der Unabhängigkeit und des gewünschten Pluralismus nicht erfüllt: Viele Presseorgane stünden jeweils einer Partei näher, und nicht alle Meinungen würden von der Presse aufgegriffen werden, weshalb die Berichterstattung oft einseitig sei.

Überraschend deutlich teilen alle Parteien die Diagnose, dass der Medienwandel eine Reform erfordert. So betonen etwa Déi Gréng, dass „vor allem jüngere Bürger [sich] zunehmend exklusiv über Online-Angebote informieren“. Die CSV sieht ebenfalls diese Entwicklung, beteuert aber auch, dass der Print-Journalismus „unter dem massiven und intensiven Internet-Wachstum gelitten“

habe. Anders als vielleicht mancher Verleger betrachten die Parteien Print- und Onlinemedien als komplementär und wollen deshalb die Pressehilfe auf letztere ausdehnen. Die CSV will jedoch eine Abwertung der gedruckten Presse verhindern. Die Printmedien, so die CSV, würden fundierte Analysen „über die Minutenaktualität hinaus“ liefern.

Eine gewisse Ratlosigkeit herrscht jedoch bei der konkreten Ausgestaltung. Die CSV meint, ein Kriterium für die Berechnung der Pressehilfe für Onlinemedien könnten die „registrierten Klicks“ sein. Eine Bemessung, die Déi Gréng jedoch ablehnen, da sie befürchten, diese Maßeinheit sei leicht zu manipulieren. Ein konkreter Vorschlag für die Ausweitung der Pressehilfe stammt von der DP: Sie hält „ein kollektives nationales Pay-System für Onlineinhalte“ für denkbar (siehe auch den Beitrag S. 28). Darüber hinaus fragen Déi Gréng ob auch Onlinedienste von Radiosendern förderwürdig wären. ADR und LSAP meinen, die Reform solle ermöglichen, dass sich reine Onlinemedien etablieren können.

Dass die Gesamthöhe der staatlichen Beihilfen mit einer Reform steigt, ist angesichts der Positionen der Parteien unwahrscheinlich. Dagegen scheint es eher auf eine Umverteilung der bisherigen Mittel hinauszulaufen. Déi Gréng mahnen, dass das Hinzukommen von reinen Onlinemedien „angesichts der budgetären Lage auf Kosten der existierenden Presselandschaft gehen könnte“. Laut Déi Lénk sind kleine Zeitungen gegenüber den Großen (Editpress und *Luxemburger Wort*) noch immer benachteiligt, und deshalb müssten die Kriterien für die Hilfe neu definiert werden, um eine bessere Balance zu finden. So würden auch die „avis officiels“ – also Ankündigungen der Verwaltungen – „arbiträr“ verteilt werden. Die ADR sieht bei der indirekten Pressehilfe (Chamberbericht und „avis officiels“) ein „großes Einsparpotenzial“.

Die Regierungsparteien DP, LSAP und Déi Gréng wollen eine Reform im Dialog mit den Herausgebern ausarbeiten. Die DP will zusätzlich Medienwissenschaftler miteinbinden. Wie auch immer der Dialog gestaltet wird, die CSV begleitet ihn kritisch: „Wir werden die konkreten Vorschläge und Absichten der Regierung [...] genauestens unter die Lupe nehmen“.